

Agnieszka Brugger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abrüstungspolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Persönliche Erklärung zum Fiskalpakt nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur namentlichen Abstimmung über die gleichlautenden Gesetzesentwürfe der Bundesregierung und der Koalition zu dem Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Agnieszka Brugger

Als zutiefst überzeugte Europäerin ist für mich die heutige Abstimmung zum Fiskalpakt von großer Bedeutung. Es geht um die Frage, mit welcher Strategie die sich dramatisch verschärfende Schuldenkrise in Europa gelöst werden kann und soll. Der Fiskalpakt gibt darauf die falsche Antwort. Er zeigt keinen nachhaltigen Weg aus der Schuldenkrise auf und kann sich negativ auf die wirtschaftliche Erholung der Krisenstaaten ebenso wie den Wohlstand und das soziale Gleichgewicht in ganz Europa auswirken.

Als junge Politikerin ist für mich Generationengerechtigkeit ein grundlegendes Ziel, an dem sich Politik orientieren sollte. Riesige Schuldenberge und die Verschwendung von staatlichen Geldern sind nicht Ausdruck einer zukunftsorientierten Politik. Schuldenbremsen können bei richtiger Ausgestaltung und verbunden mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen einen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Als junge Politikerin und überzeugte Europäerin mache ich mir vor diesem Hintergrund große Sorgen, dass die mit dem Fiskalpakt verordnete Schuldenbremse in den einzelnen Mitgliedsstaaten dazu führt, dass das europäische Projekt gerade aus Sicht der jüngeren Generation noch weiter in Gefahr gerät. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung in Staaten wie Spanien, Griechenland und Portugal fühle ich mich in dieser Sorge bestärkt. In seiner jetzigen Form ohne flankierende Maßnahmen für eine Senkung des Zinsdrucks und eine Steigerung der Staatseinnahmen ist der Fiskalpakt der falsche Ansatz. Eine Politik, die einseitig auf das Sparen setzt und zur Folge hat, dass Staaten ihre grundlegenden Aufgaben insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich nicht mehr erfüllen können, hat für mich eben so wenig mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diesen „Kaputt-Sparkurs“ auf der europäischen Ebene verfolgt. Deshalb möchte ich heute bei der Abstimmung über den Fiskalpakt auch ein Zeichen setzen, dass diese Strategie der deutschen Bundesregierung meine Unterstützung nicht hat. Dieser Weg führt dazu, dass die Konzepte, die uns in diese tiefe europäische Krise geführt haben, wieder salonfähig werden, die wahren Ursachen nicht angegangen und die notwendigen Lösungsansätze verhindert werden. Für nachhaltige Wege aus der Krise und die Vision eines sozialen und demokratischen Europas haben wir Grüne – sowohl in der Partei als auch in der Fraktion mit großer Einigkeit – bereits viele konkrete Ideen formuliert, zuletzt in unserem Entschließungsantrag zur Abstimmung über den Fiskalpakt.

Die mit dem Fiskalpakt falsch gewählte Strategie zur Lösung der Krise hängt mit einer falschen Analyse des Problems zusammen. Die Krise in Europa hat ihren Ursprung nicht in einer gedankenlosen Ausgabenwut und hemmungslosen Geldverschwendung der betroffenen Staaten. Kann man beim Fall Griechenland noch davon reden, dass die Klientelwirtschaft von Eliten auf Kosten des Staates einen wichtigen Anteil an der desolaten Haushaltslage hat, so ist diese verengte Analyse schon hier nicht ausreichend, um die Lage

des Landes zu erklären. Mit Bezug auf Spanien, Portugal oder Italien ist sie einfach falsch. Es war vor allem die Finanzkrise, die dazu führte, dass viele Staaten die Schulden ihres Finanzsektors übernehmen mussten, um diesen vor dem Kollaps zu bewahren. Hinzu kommt die Schwäche des europäischen Bankensystems, die massive Überschuldung privater Haushalte, Immobilienblasen, massive ökonomische Ungleichgewichte, die sich insbesondere in der Außenhandelsbilanz äußern sowie die dramatische Ungleichverteilung von Vermögen. Dies zu korrigieren, müsste eigentlich im Vordergrund politischen Handelns stehen.

Die Internationale Arbeitsorganisation warnt, dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere auch junger Menschen, bis 2016 nicht sinken wird, wenn kein „dramatischer Politikwechsel“ stattfindet. Massenarbeitslosigkeit in diesem Ausmaß ist nicht nur für jede und jeden Einzelnen der Millionen betroffenen Menschen eine große Belastung, sondern auch eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt in Europa und die soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe einer ganzen Generation.

Zu einem deutlichen Politikwechsel gehören wirksame Maßnahmen zur Minderung des Zinsdrucks auf Krisenstaaten. Ein Altschulden-Tilgungsfonds, wie ihn der Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagen hat, eine Bankenunion und ein umfassendes sozial-ökologisches Investitionsprogramm sind wichtige Bestandteile eines solchen Gesamtpaketes.

Das Wachstumsprogramm, das als Ergänzung des Fiskalpaktes beschlossen wurde, reicht nicht aus. Die Umwidmung von Strukturfondsmitteln bringt keine zusätzlichen Investitionen, sondern schiebt lediglich um. Die beabsichtigte Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank und der beschlossene eng begrenzte Pilotversuch von Projektanleihen ergeben bei einem Multiplikator von ca. 2 einen Impuls von rund 125 Milliarden Euro bzw. 1,3 Prozent des EU-Bruttoinlandprodukts. Zudem ist er auf mindestens 4 Jahre verteilt und erreicht somit pro Jahr eine konjunkturelle Wirkung von weit weniger als einem Prozentpunkt. Als Ausgleich der Kürzungen in europäischen Krisenstaaten wären schätzungsweise 2 Prozent des EU-BIP notwendig, was rund 260 Milliarden in 1 bis 2 Jahren entspräche.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung setzt bislang auf Steuersenkungen für Besserverdienende zu Lasten der Allgemeinheit. Im Rahmen der Verhandlungen um den Fiskalpakt ist es uns gelungen, diese Steuerpolitik aufzubrechen. Erstmals wurden konkrete Schritte für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) verbindlich vereinbart. Sie soll noch in diesem Jahr in den ersten EU-Staaten auf den Weg gebracht werden. Nach vielen Jahren politischen Engagements aus Zivilgesellschaft und Parlamenten hat sich hiermit endlich eine relevante Besteuerung des Finanzsektors durchgesetzt, mit der ein Teil der durch den Fiskalpakt erzwungenen Konsolidierung erreicht werden kann. Dies ist ein großer Erfolg.

Die positiven Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Opposition konnten nur erzielt werden, indem im Gegenzug eine Zustimmung zum Fiskalpakt zugesagt wurde. Gleichzeitig bleibt der vorliegende Fiskalpakt, so sinnvoll Schuldenbremsen in der richtigen Ausgestaltung und verbunden mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sein können, als Instrument zur Bekämpfung der Krise der falsche Ansatz. In abschließender Abwägung können aus meiner Sicht die erzielten Verhandlungserfolge (insbesondere die Finanztransaktionssteuer und das Investitionsprogramm) die negativen ökonomischen und politischen Folgen, die durch den Fiskalpakt in seiner jetzigen Ausgestaltung entstehen, nicht aufwiegen.

Aufgrund der oben geschilderten inhaltlichen Argumente und Überzeugungen lehne ich den Fiskalpakt wie er zur Abstimmung vorliegt ab.